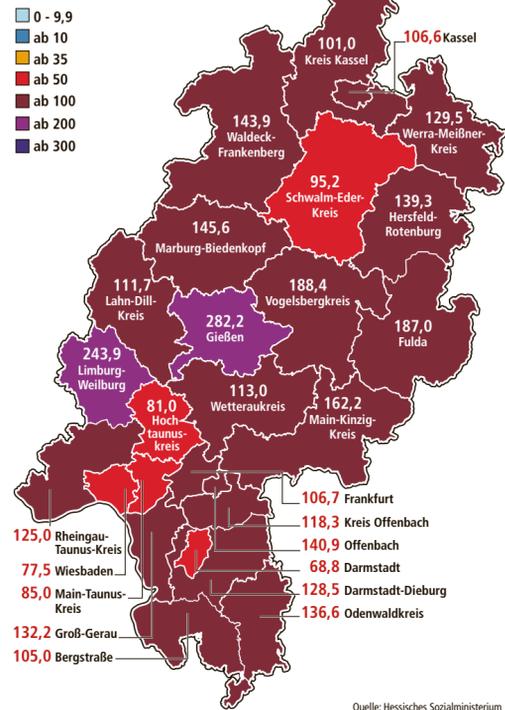


Coronavirus

Hessen will so schnell wie möglich zu einem normalen Bildungsbetrieb zurückkehren. Doch wie gut ist die Schulpolitik der Landesregierung? Darüber kann man verschiedener Ansicht sein

Entwicklung von Corona in Hessen

Inzidenz: Bestätigte Fälle pro 100.000 Menschen in Kreisen und Städten
Stand 6.1., 0 Uhr



Kurze Wege beim Impfen gefordert

Landkreise schreiben Brief an Bouffier

VON JUTTA RIPPEGATHER

Die Öffnung aller 28 Impfzentren im Land fordern die hessischen Landrätinnen und Landräte. Das habe mehrere Vorteile: Für die Impfwilligen würden die Wege kürzer, die Landbevölkerung fühle sich gleichbehandelt. Außerdem würde das Thema Impfen vor Ort sichtbar, heißt es in einem der FR vorliegenden Brief des Hessischen Landkreistags an Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU).

Aktuell wird nur in Heimen und Kliniken gegen das Coronavirus geimpft. Zum 19. Januar sollen die ersten Impfzentren in Betrieb gehen – allerdings nur in sechs Großstädten. Wegen der geringen Mengen an Serum sollen zunächst Kassel, Gießen, Fulda, Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt die umliegenden Kreise mitversorgen. Dies betrifft zunächst die Gruppe der mehr als 80-Jährigen, denn die sind als Erste an der Reihe. Alle in dieser Altersgruppe erhalten demnächst eine schriftliche Einladung, in der auch steht, wie nichtmobile Menschen an die Impfung kommen. Anmeldungen sind von 12. Januar an möglich. Wann die anderen 22 Zentren eröffnen, steht noch nicht fest.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Christiane Böhm, begrüßte die Initiative der Landrät:innen. „Die Impfungen müssen möglichst wohnortnah erfolgen, ansonsten ist es gerade für die über 80-Jährigen ein großes Problem, zur Impfung zu kommen“, sagte sie am Mittwoch in Wiesbaden. Es sei ärgerlich, dass die von den Kommunen und Landkreisen geschaffenen Räume nicht genutzt werden könnten. Kritik kam auch aus der nordhessischen SPD: „Alle sechs Impfzentren liegen in hessischen Großstädten“, monierte Bezirksvorsitzender Timon Gremmels. „Es entsteht der Eindruck, dass der ländliche Raum auch in Sachen Corona-Impfungen abgehängt wird.“

Kitas bleiben offen

Bei Schulen verzichtet Hessen bis Monatsende auf Präsenzpflcht

VON JUTTA RIPPEGATHER

Beim Nachwuchs verfolgt Hessen die vor Weihnachten eingeschlagene Strategie: „Es gibt kein Betretungsverbot für Kindertagesstätten“, sagte Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) am Dienstagabend. Für einen normalen Betrieb an den Grundschulen hege er persönlich „große Sympathien“. Doch es gebe eine „breite Phalanx“, die der Vorsicht Priorität einräume. Deshalb werde Hessen wohl die Präsenzpflcht an Schulen bis zum 31. Januar aufheben. Eltern hätten dann die Wahl, ob sie nach den Weihnachtsferien am kommenden Montag ihren Nachwuchs zu Hause lassen, oder in die Schule schicken. Einzig für die Abschlussklassen herrsche Präsenzpflcht. „Die bleiben“, sagte Bouffier nach der Videoschle der 16 Ministerpräsident:innen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

Er könnte sich auch andere Modelle vorstellen. Etwa Präsenzunterricht an Grundschulen, an allen anderen Schulen Wechselunterricht. Welchen Weg Hessen schlussendlich einschlägt, beschloss das hessische Corona-Kabinett, das am Mittwoch bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch tagte. Bouffier warnte vor zu hohen Erwartungen: „Es wird keine Lösungen geben, die alle begeistern werden.“

Eigentlich sollte der seit 16. Dezember geltende Lockdown zum 10. Januar enden. Stattdessen

werden die Kontaktbeschränkungen bis zum 31. Januar verschärft. Ein Hausstand darf nur noch eine Person aus einem anderen Hausstand treffen – Kinder zählen jetzt mit. Um den Run auf die Erholungsgebiete zu stoppen, dürfen Menschen aus Regionen mit hohen Infektionszahlen sich nur im Umkreis von 15 Kilometern außerhalb ihres Wohnorts bewegen. „Für Hessen hat das keinerlei Bedeutung“, urteilte Bouffier. Schließlich gebe es für „triftige Gründe“ Ausnahmen. Ein Rodelausflug gehöre allerdings nicht dazu.



CORONAVIRUS
FR.de/corona

Die Einigung mit den Kolleg:innen und Merkel betrifft Städte oder Landkreise mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von mehr als 200 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner. Diese Schallgrenze rissen am gestrigen Mittwoch noch die Landkreise Gießen und Limburg-Weilburg (siehe Karte). Weiterhin gilt die Ausgangssperre von 21 bis 5 Uhr bei einer Inzidenz von mehr als 200 an drei aufeinanderfolgenden Tagen innerhalb einer Woche.

Vor einiger Zeit lagen noch viel mehr Kreise über der 200er Marke. Am Mittwoch lag Hessen bei einer Inzidenz von 130. Erst seit wenigen Tagen gehen die offiziellen Infektionszahlen zurück. Das könnte auch mit den Feiertä-

gen zusammenhängen, an denen weniger getestet wurde. Deshalb haben die Ministerpräsident:innen beschlossen, das Geschehen weiter zu beobachten, sagte Bouffier. Die Experten vom Robert-Koch-Institut hätten gesagt, dass sie frühestens am 16. Januar den Einfluss von Weihnachten und Silvester beurteilen könnten. Hinzu komme das zusätzliche Risiko durch die Mutation des Virus. Das Ziel sei eine Inzidenz von 50, damit die Gesundheitsämter wieder die Infektionsketten nachvollziehen könnten. „Dafür müssen wir härter einsteigen“, so Bouffier. Sollte die Strategie Erfolg zeigen, könnte der 1. Februar die Trendwende bringen. „Dann können wir Stück für Stück wieder lockern.“

Bouffier betonte, dass die Folgen der weiteren Einschränkungen vom Bund abgedeckt werden. Eltern erhielten zehn zusätzliche Urlaubstage, um ihre Kinder zu betreuen. Auch würden die Novemberhilfen ab dem 10. Januar ausbezahlt.

„Die Lage ist nach wie vor außerordentlich ernst“, betonte der Ministerpräsident. „An den Krankenhäusern herrscht eine sehr angespannte Situation.“ Die Ministerpräsident:innen hätten sich ausführlich von Wissenschaftlern beraten lassen. Die zusätzlichen Kontaktbeschränkungen seien nötig, um diesen Zustand mit seinen großen finanziellen Auswirkungen zu beenden. „Wir müssen jetzt stärker eingreifen, damit möglichst bald die Kinder wieder in die Schulen gehen können.“



„Es gibt kein Betretungsverbot für Kindertagesstätten“, sagt Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU). DPA



Der Digitalisierung der Schulen kommt seit Corona eine ganz neue Bedeutung zu. MICHAEL SCHICK

GASTBEITRAG

Schwung durch digitale Konzepte

Lernen und Lehren vor Ort ist die Grundlage für erfolgreichen Unterricht. Aber die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten.

Die Corona-Pandemie stellt auch die Beschulung der hessischen Schülerinnen und Schüler vor enorme Herausforderungen. Erstmals in der Bundesrepublik mussten im Frühjahr Schulen flächendeckend und komplett geschlossen werden – ein nicht für möglich gehaltenes Szenario. Und dennoch haben Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie das Kultusministerium die für uns alle völlig neue Situation erfolgreich bewältigt.

Die Gesundheit der Schüler- und Lehrerschaft zu schützen und gleichzeitig möglichst viel Präsenzunterricht und Bildung zu gewährleisten, haben für uns oberste Bedeutung. Schon früh konnten sich alle Lehrkräfte auf das Virus testen lassen. Mehrfach wurde das Hygienekonzept entsprechend angepasst. Weil die Rahmenbedingungen an den rund 2000 Schulen in Hessen vielfältig sind, passen die Schulträger ihre Maßnahmen an die vor Ort herrschenden Rahmenbedingungen an. Wir sind froh – und das ist auch das Ergebnis des besonnenen Handelns unter CDU-Kultusminister Alexander Lorz –, dass nach den Sommerferien stetig deutlich über 98 Pro-

zent der hessischen Schülerinnen und Schüler in dieser schwierigen Zeit am Präsenzunterricht teilnehmen konnten und vergleichsweise nur wenige Schulen aufgrund von Corona-Fällen temporär geschlossen werden mussten. Dazu beigetragen haben auch 75 Millionen Euro, mit denen das Land Hessen die Schulträger mit einem Programm für Hygienemaßnahmen und Luftreinigungsgeräte unterstützt hat. Hessen war das erste Land, das im Frühjahr das Abitur mutig, erfolgreich und ohne größere Komplikationen hat schreiben lassen – die Schülerinnen und Schüler sind bis heute dankbar dafür.

Vorreiter ist Hessen auch beim digitalgestützten Distanzunterricht: Als erstes Land ist dies in der Zeit der Pandemie für Schülerinnen und Schüler in den beruflichen Schulen und der Sekundarstufe II (der Oberstufe) möglich – unabhängig vom Infektionsgeschehen. In besonderen Fällen können dies auch die Klassenstufen 8 bis 10 wahrnehmen, sofern alle Eltern, die Schülerschaft, die Schulgemeinde sowie der Schulträger dies wünschen. Damit sind die hessischen Schülerinnen und Schüler zu Hause aus per Video mit dem Klassenzimmer verbunden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass das Lernen und Lehren vor Ort in der Schule die Grundlage für erfolgreichen Unterricht ist. Aber mit den neuen digitalen Möglichkeiten wollen wir der pädagogischen Innovationsfreude vieler Schulen für neue Unterrichtskonzepte zusätzlichen Schwung verleihen und die damit verbundenen Chancen für den schulischen Regelbetrieb nutzbar machen. Die Grundlage dazu bietet die hessische Schulcloud, welche das Kul-

tusministerium und das ebenfalls CDU-geführte Digitalministerium massiv ausgebaut haben. Aktuell arbeiten über 90 Prozent der weiterführenden öffentlichen Schulen damit.

Wir schreiten damit bundesweit voran und bauen digitalgestützten Distanzunterricht systematisch aus. Dazu greift das Kultusministerium den Schulträgern, also den Landkreisen und kreisfreien Städten, kräftig unter die Arme. Als einziges Bundesland legt Hessen auf den Digitalpakt des Bundes weitere 25 Prozent Eigenmittel obendrauf und fördert damit den Digitalisierungsprozess mit insgesamt 500 Millionen Euro. Auch für die Anschaffung von Schülerendgeräten und den IT-Support an Schulen legt Hessen 25 Prozent an Finanzmitteln obendrauf und entlastet damit die Schulträger.

Derzeit wird der Landeshaushalt im Landtag beraten. Beschlossen ist bereits, dass der Bildungsetat für 2021 auf den Höchststand von 4,3 Milliarden Euro steigt. Allein seit 2014 hat die Landesregierung rund 5000 neue Stellen an hessischen Schulen geschaffen. Für das laufende Schuljahr gab es einen Zuwachs von 770 Stellen. Mit diesen Rekordinvestitionen machen wir die Schulen weiter für ein modernes und erfolgreiches Lernen und Lehren – besonders in Zeiten der Covid-Pandemie.



Armin Schwarz ist schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im hessischen Landtag

GASTBEITRAG

Minister macht sich einen schlanken Fuß

Quarantäne-Wildwuchs und andere Probleme an hessischen Schulen sind Ergebnis jahrzehntelanger verfehlter Bildungspolitik.

Seit einem halben Jahr diskutieren Schulpolitiker:innen im Landtag über nichts anderes: Wie kann Bildung zu Pandemiezeiten in Einklang mit Gesundheitsschutz gebracht werden?

Angestoßen hat diese Diskussion immer die Opposition. Bis es zur Aussetzung der Präsenzpflcht kam, verwies der Kultusminister auf Ämter und Schulen vor Ort. Das führte zu der Situation, dass völlig überforderte Schul- und Gesundheitsämter Verantwortung für die Pandemiebewältigung übernehmen mussten. Der Wildwuchs an Quarantäneregeln stellt hier ein besonderes Problem dar. Mittlerweile ist man vielerorts dazu übergegangen, die Empfehlungen des RKI an Schulen zu missachten und nur noch in Einzelfällen die Kontaktpersonen ersten Grades in Quarantäne zu schicken. Ähnlich gilt für den zahllosen Stufenplan des Landes. Mancherorts ist man bereits bei einer Inzidenz von 120 in ein Wechselmodell aus Präsenz- und digitalem Unterricht übergegangen, während an anderen Orten trotz Inzidenzen über 150 die Schüler:innen und Lehrkräfte jeden Tag in überfüllte Klassenräume geschickt wurden.

Zwar kann kein Computer Lehrkräfte, den persönlichen Kontakt sowie den sozialen Raum ersetzen, man sollte der Landesregierung aber doch noch einmal mitgeben, dass wir uns in einer Pandemiesituation befinden. Bis zum Zeitpunkt des Lockdowns weigerte sich der Kultusminister, zumindest in höheren Klassenstufen, flächendeckend in das Wechselmodell überzugehen.

Dass sich die Kultusminister:innen nicht auf gemeinsame Regeln einigen konnten, ist nicht mehr mit den unterschiedlichen Inzidenzen in den Bundesländern zu erklären. In Hessen hatten wir Mitte November eine nur unwesentlich niedrigere Inzidenz als in Bayern im Dezember, und trotzdem kam als Ansage aus Wiesbaden: Präsenzunterricht! Begründet wurde dies stets mit den vermeintlich geringen Infektionszahlen an den Schulen. Dabei führte man aber irreführende Zahlen ins Feld.

So wurde immer eine Prozentzahl an Schüler:innen oder Lehrkräften angegeben. Die Referenz dabei ist die Gesamtgruppe. Um Zahlen aber vergleichbar zu machen, hat man sich auf Inzidenzen geeinigt, also Zahlen, die sich auf 100.000 Einwohner:innen beziehen.

Es gibt bis heute keinen mit Inzidenzen versehenen Stufenplan des Landes. Damit macht sich der Kultusminister einen schlanken Fuß, schließlich kann man nicht verantwortlich sein, wenn man nichts regelt. Das mag im Sinne der kurzfristigen Sympathieverteilung positiv auf das Konto der Landesregierung gehen, aber es regt sich Widerstand: Schüler:innen in Kassel und Frankfurt hatten sich organisiert und zu Demos für Wechselunterricht und mehr Gesundheitsschutz an Schulen aufgerufen.

Getestet werden die Kinder und Jugendlichen unterdurchschnittlich häufig – und das bei der permanenten Nichteinhaltung von AHA-Regeln in den Klassenräumen.

Lehrkräfte haben in diesem Jahr alles gegeben, um trotz Corona eine möglichst gute Bildung garantieren zu können. Das haben sie, genau wie Erzieher:innen, getan, indem sie ihre eigene Gesundheit aufs Spiel gesetzt haben. Dass Schulen Orte sind, an denen Pandemiegeschehen stattfindet, sollte mittlerweile auch die Landesregierung zugeben. Eine Aufwertung der Arbeitsbedingungen an Schulen war schon vor Corona dringend notwendig.

Es stimmt, der Pandemie ist nicht durch parteipolitisches Klein-Klein beizukommen. Die Lage an hessischen Schulen ist aber das Ergebnis jahrzehntelanger Verfehlungen der Bildungspolitik: Der Lehrermangel, schlechte Glasfaser- und WLAN-Abdeckung an den Schulen, marode und zu kleine Gebäude, unterfinanzierte Inklusion, Verschleifen der Digitalisierung und das permanente Vorbeiregieren an den Interessen der Lehrkräfte, Schulleitungen und Schüler:innen bilden jetzt die Achillesferse unseres Bildungssystems. Dass das landeseigene „Schulportal“ am ersten Tag des Dezember-Lockdowns komplett zusammengebrochen, ist ein Symbol für die CDU-Schulpolitik der letzten Jahre in Hessen.



Elisabeth Kula ist bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag.